



Christlich-Islamischer Verein Hochrhein e.V.

Mitglieder-Brief 1/2006

*Liebe Mitglieder des CIVH,
liebe Freunde des CIVH!*

*Im Alten Testament - der hebräischen Bibel -
lesen wir beim Propheten Hosea:*

*Wer Wind sät, wird Sturm ernten;
wer sich mit nichtigen Götzen abgibt,
wird selbst vernichtet.*

(Hosea 8,7 - Gute Nachricht-Übersetzung)

*Wir alle - Muslime wie Christen - sind in
diesen Wochen aufgerufen wachsam zu sein.
Verantwortungslose Journalisten, zündelnde
Politiker, gewaltbereite Fundamentalisten
manipulieren gedankenlose Massen und
hetzen sie auf. Warnende und mäßigende
Stimmen auf christlicher wie muslimischer
Seite gehen im Getöse vielfach unter. Doch es
gibt keine Alternative zu einem friedlichen,
rücksichtsvollen und dialogbereiten
Miteinander. Jeder von uns kann und muss
dazu an seinem Platz sorgen. Möge Gott Sie
leiten und stärken.*

Salam aleikum

Schalom

gez. I. Omer

24.02.2006

Vorsitzender

Werner Ross
In den Grundmatten 2
79618 Rheinfelden /Bd.
Tel/Fax: 07623-47521
werner.ross@civh.de

1. Stellvertreterin

Ingeborg Omer
Stelleacker 18
79618 Rheinfelden /Bd.
Tel: 07623-62430
Fax: 07623-8469
ingeborg.omer@civh.de

2. Stellvertreter

Herwig Popken
Nollinger Str. 35
79618 Rheinfelden /Bd.
Tel: 07623-799195
Fax: 07623-799196
herwig.popken@civh.de

Homepage www.civh.de

Bankverbindung

Sparkasse Lörrach-Rhf.
Konto 2-095.05
BLZ 683 500 48

Mitglied im

Koordinierungsrat der Vereinigungen
des christlich-islamischen Dialogs in
Deutschland (KCID)

Mitarbeit in der

Islamisch-Christlichen Konferenz für
Süddeutschland (ICK)

A Zum christlich-islamischen Dialog und Zusammenleben

1. Pressefreiheit ist ein hohes Gut

Unsensibel

Pressefreiheit ist ein hohes Gut. Und weil sie ständig in Gefahr ist, sollte man sie vehement verteidigen. Zu viele haben Interesse daran, dass Wahrheiten nicht veröffentlicht werden, Kritik nicht laut gesagt wird, dunkle Machenschaften nicht ans Tageslicht kommen. Durchaus unterschiedliche Meinungen müssen zu Wort kommen können, damit die Gesellschaft im Gleichgewicht bleibt. Andere Ansichten, Lebensmaximen und Glaubenseinstellungen zur Kenntnis zu nehmen, ohne aggressiv zu reagieren und sie als persönlichen Angriff zu werten – will freilich eingeübt werden. Aber es ist eine Lektion, die gelernt werden muss.

Ob Pressefreiheit allerdings das höchste aller Güter ist, mag bezweifelt werden. Nicht jeder Unsinn, jede Behauptung, jede Geschmacklosigkeit lässt sich mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung rechtfertigen. Die Grenzen sind fließend, manchen stößt bitter auf, was andere noch gut verdauen können. Die Christen hierzulande haben durchaus Erfahrungen mit der Verletzung religiöser Gefühle. Sich hinterfragen lassen ist das eine, sich beleidigen lassen das andere. Offenbar schließen sich zuweilen Pressefreiheit und Respekt vor dem, was anderen lieb und wert ist, aus.

Spätestens nach der Eskalation um die Mohammed-Karikaturen ist deutlich geworden, wie gefährlich solche gezielten Provokationen ausgehen können. Keine Frage, dass die Reaktionen seitens islamistischer Gruppen ganz und gar unangemessen sind, dass die Gewalt der Fanatiker die eigene Religion nun ihrerseits karikiert, dass der Tabubruch zum willkommenen Anlass wird für organisierte antiwestliche Propaganda und im Übrigen das Verhältnis zu anderen Religionen in muslimischen Ländern sehr zu wünschen übrig lässt. Trotzdem bleibt die Erkenntnis, dass hier leichtfertig Öl ins Feuer gegossen und damit der Dialog zwischen den Kulturen erschwert worden ist. War's das wert? Ein bisschen mehr Respekt und Sensibilität – und sei's unter Zurückstellung der Pressefreiheit – wäre für alle besser gewesen.

Christine Lässig

Quelle: Glaube und Heimat - Ev. Wochenzeitung für Thüringen 7/2006 - Kommentar

2. Auf mehr Verständnis zwischen Moslems und Christen hinarbeiten

Evangelisches Missionswerk in Südwestdeutschland nimmt Stellung zum Karikaturenstreit

STUTTGART (EMS). Die Leitung des Evangelischen Missionswerks in Südwestdeutschland (EMS) hat im Hinblick auf die umstrittenen Karikaturen über den Propheten Mohammed eine Erklärung veröffentlicht. Das EMS ruft darin auf, die religiösen Gefühle andersgläubiger Menschen zu achten und auf ein gegenseitiges Verständnis der Religionen hinzuwirken. Im Folgenden geben wir die Erklärung im Wortlaut wieder.

„Als internationale Gemeinschaft von Kirchen und Missionen steht das Evangelische Missionswerk in Südwestdeutschland (EMS) für Achtung und Respekt gegenüber Menschen anderer religiöser Überzeugungen ein. Darauf haben sich alle im EMS verbundenen Kirchen in der „Theologischen Orientierung“ bereits im Jahr 2003 verständigt. Dort heißt es: „In unserem Zeugnis begegnen wir, mutig und demütig zugleich, Menschen anderer religiöser Überzeugungen und Weltanschauungen mit Achtung, Respekt und Einfühlungsvermögen, mit der Bereitschaft zuzuhören und als gute Nachbarn zusammenzuleben.“

Wir bedauern daher zutiefst, dass die religiösen Gefühle von Muslimen durch die Veröffentlichung provokanter Karikaturen - zunächst in Dänemark - verletzt wurden. Diese Form der Provokation gefährdet die friedliche Koexistenz, auf die wir heute überall auf der Welt angewiesen sind. Unsere Partner im Nahen Osten, Afrika und Asien leben in Ländern, in denen seit Jahrhunderten Christinnen und Christen in enger Nachbarschaft mit dem Islam leben. Gerade sie sind in Gefahr, Opfer eines Unverständnisses gegenüber Muslimen im Westen einerseits und eines falschen Bildes von der westlichen Welt andererseits zu werden. In islamischen Ländern wird oft „westlich“ mit „christlich“ gleichgesetzt.

Wir halten es für nötig, dass überall auf der Welt die Verantwortlichen in der Politik und die religiösen Führer auf mehr Differenzierung und gegenseitiges Verständnis hinwirken. Wir halten Gewalt für keine angemessene Reaktion. Sie verursacht Leid und vertieft den Graben des Unverständnisses.

Als EMS wollen wir aus unserer festen christlichen Überzeugung heraus unsere Bemühungen um ein besseres Verständnis zwischen den Religionen fortsetzen und den Weg der guten Nachbarschaft weiter beschreiten.

Im Blick auf das Argument der Pressefreiheit in der Diskussion um die Veröffentlichung der dänischen Mohammed-Karikaturen schließen wir uns der Aussage des Generalsekretärs des Ökumenischen Rats der Kirchen, Dr. Samuel Kobia, an: „Medien mit Freiheit haben Macht. Wenn diese Medienmacht genutzt wird, um dem Machtmissbrauch in Gesellschaft und Politik entgegenzutreten, so ist sie weise gebraucht. Sie aber zu benutzen, um – wie in diesem Fall – an den Werten und der Würde von Menschen, die sich machtlos fühlen, Kritik zu üben, ist gefährlich.“

Das EMS ist ein ökumenisches Forum für Mission und internationale kirchliche Zusammenarbeit, dem zehn Kirchen und Missionsgesellschaften in Europa und 17 Partnerkirchen in Afrika, Asien und dem Nahen Osten angehören.

Quelle: www.ems-online.org vom 10.02.2006

3. Nach den Schulen nun die Kindergärten – und wie geht es weiter?

Kopftuchverbot

Wie Sie gewiss gelesen haben, plant die Landesregierung von Baden-Württemberg Erzieherinnen das Tragen eines Kopftuches im Kindergarten durch ein neues Gesetz zu verbieten.

Wird ein Kind durch den Anblick eine Kopftuch tragenden Frau dazu verleitet, Frauen als minderwertig zu betrachten? Ist jede Kopftuch tragende Frau eine islamistische Fundamentalistin? Gilt das Kopftuchverbot auch für deutschstämmige Aussiedlerinnen aus Russland, die häufig ebenfalls Kopftücher tragen? Dürfen katholische Ordensschwestern künftig nicht mehr in Tracht mit Schleier in staatlichen Krankenhäusern und Schulen arbeiten? Wird es künftig auch Lehrer verboten, in der Schule ein Kreuz am Revers zu tragen?

Meines Erachtens wird bei diesem neuerlichen Kopftuchverbot - diesmal im Kindergarten - die Tragweite dieses Gesetzes gar nicht bedacht; ebenso wie der neue Fragebogen der Landesregierung zur Einbürgerung von Ausländern einen wenig durchdachten Eindruck macht. Natürlich hat der deutsche Staat das Recht von den hier lebenden Ausländern Respekt vor unserer Verfassung und Beachtung der Gesetze zu fordern und darauf zu dringen, dass hier lebende Ausländer auch Deutsch lernen. Aber diesen berechtigten Forderungen muss auch eine Förderung der Integration der Ausländer entsprechen. Es ist doch ein Widerspruch, einerseits Gesetze zu erlassen, die von vielen Ausländern als diskriminierend empfunden werden - siehe Kopftuch - und die Integration behindern und andererseits Integration und Beachtung deutscher Gesetze zu fordern. Hier wird wieder deutlich, dass deutsche Politiker die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und Zuwanderung braucht, in ihrer Tragweite immer noch nicht verstanden haben! Wie viele Maßnahmen wären nötig zur Regelung einer sinnvollen Zuwanderung und zur Integration von Ausländern - von Deutschkursen für ausländische Frauen bis zur Förderung der Mitarbeit von Ausländern in deutschen Gremien.

Stattdessen konzentriert der Staat seine Mittel und Energie auf die Abschottung Europas gegen unerwünschte Zuwanderung, Kontrolle und Abschiebung von Asylbewerbern, die hier leben und sich integrieren wollen (siehe den Fall der syrischen Familie Morat in Rheinfelden).

Hinter dem Kopftuchverbot steckt aber noch etwas anderes! Unsere Gesellschaft ist weitgehend völlig verweltlicht mit christlichen Restbeständen, die nicht mehr verstanden werden und auch nicht ernst genommen werden. Viele Menschen in Europa empfinden die Absicht der Muslime, sichtbar nach ihrem Glauben auch im Alltag zu leben, als eine Provokation. Sie möchten keine Muslime sein oder werden. Dann bedeutet doch die Gegenwart des Islams in Europa eine Herausforderung, sich zu fragen: Wo stehe ich selber? Was glaube ich? Was ist meine Religion? Wie will ich leben? Diese Auseinandersetzung ist vielen offenbar zu unbequem. Deshalb fordern sie, den Islam wieder unsichtbar zu machen, um sich diese Auseinandersetzung zu ersparen. So wird dann die Weltlichkeit als europäisches Erbe sogar vor Gerichten verteidigt.

Die Religionsfreiheit ist ein wichtiges Menschenrecht. Jeder Mensch hat das Recht nach seinem Glauben zu leben, ihn zu verkünden und zu verbreiten. Wenn Muslime meinen, dass es für Frauen zur Religion dazugehört, Kopftücher zu tragen, sollten sie das tun dürfen, sowie Christen und Juden auch ihre religiösen Symbole darstellen dürfen. Ich fürchte, dass die intolerante Weltlichkeit mit dem Kopftuchverbot anfängt und mit dem Verbot des Kreuzes aufhört. Deshalb ist Religionsfreiheit für alle zu fordern. Bei gelebter Religionsfreiheit wird es gewiss Konflikte zwischen Menschen verschiedenen Glaubens geben. Dann muss offen darüber gesprochen werden! Dann gibt es auch die Chance des Austausches, des gegenseitig sich kennen lernens und voneinander lernens.

Ein interreligiöses Gespräch setzt natürlich voraus, dass jeder seinen eigenen Standpunkt hat. Drücken sich nicht viele von einem interreligiösen Gespräch, weil sie in Religion weder Kenntnisse noch eine Meinung haben? Ein interreligiöses Gespräch schließt das Werben für die eigene Religion, die Mission, nicht aus, sondern ein. Wenn ein interreligiöses Gespräch gelingt, kann es der Vertiefung des eigenen Glaubens, der gegenseitigen kulturellen Bereicherung und dem Frieden vor Ort dienen.

Pfarrer Jan-Gerd Beinke

Quelle: Gemeindebrief der Evang. Kirchengemeinde Zell /Wiesental - Febr./März 2006

4. Kath. Bischöfe zum Gesprächsleitfaden für Einbürgerungsbehörden

Gemeinsame Presseerklärung der Erzdiözese Freiburg und Diözese Rottenburg-Stuttgart vom 13.01.2006

Die katholischen Kirchen in Baden-Württemberg begrüßen und pflegen gute Kontakte und nachbarschaftliche Beziehungen zwischen Christen und Muslimen. Unbegründeten Vorbehalten und Vorurteilen auf beiden Seiten wirken sie entgegen. Sie unterhalten institutionell und persönlich gute Beziehungen zu Muslimen und unterstützen die Gespräche in den Christlich-Islamischen Gesellschaften und Dialoggruppen zu Fragen des Glaubens, zum Verständnis der Menschenrechte und zur Förderung des mitmenschlichen Zusammenlebens. Seit Jahren setzen sie sich für den islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ein und befürworten das Pilotprojekt islamischer Religionsunterricht für muslimische Kinder an den Schulen in Baden-Württemberg.

Die Kirchen sind der Ansicht, dass im Einbürgerungsverfahren die Grundlagen unseres Gemeinwesens entsprechend dem seit 1.1.2000 in Kraft getretenen Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG § 10) anerkannt werden müssen. Sie haben Verständnis dafür, wenn die Möglichkeit geschaffen werden soll, im Einbürgerungsverfahren die Verfassungstreue in besonderen Fällen qualifiziert und effizient zu prüfen. Freilich müssen grundsätzlich alle Einwanderungswilligen gleich behandelt werden.

Die öffentliche Diskussion über den vom baden-württembergischen Innenministerium vorgelegten Gesprächsleitfaden zeigt, dass einzelne Fragen als diskriminierend aufgefasst werden und der Leitfaden als pauschaler Verdacht gegen Muslime gewertet wird. Einzelne Fragen und die Diktion der Fragen insgesamt geben in der Tat Anlass für solche Bedenken. Kirchliche Experten haben das Innenministerium bereits im Februar 2005 auf informeller Ebene auf diese Problematik hingewiesen und entsprechende Bedenken vorgetragen. Unter dieser Perspektive erscheint der vorgelegte Gesprächsleitfaden den Kirchen denn auch überarbeitungsbedürftig.

Überdies sehen die Kirchen dringenden Korrekturbedarf, sollte der Leitfaden entgegen der wiederholten Betonung des Innenministeriums den Charakter eines reinen Fragebogens erhalten. Ein Gesprächsleitfaden, mit dem das Innenministerium die Arbeit der im Einbürgerungsverfahren tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter qualifizieren will, verfehlt dann sein Ziel, wenn er als Checkliste verstanden wird. Leitfragen bedürfen in hohem Maß der Erläuterung und Anpassung im Einzelfall, sollen sie den einzelnen einbürgerungswilligen Menschen gerecht werden.

Die Kirchen waren und sind bereit, ihren genuinen Beitrag zur Integration ausländischer Mitbürger zu leisten. Dies geschieht nicht nur in der Förderung der Werte, von denen die Demokratie lebt, sondern auch im konkreten Einsatz für die Menschen anderer Herkunft mit den kirchlichen Fachdiensten der Caritas.

Die Kirchen raten dringend zu einem Vorgehen, das die Integrationsprozesse mit Muslimen und anderen einbürgerungswilligen Menschen in unserer Gesellschaft nicht beschädigt, sondern nachhaltig fördert.

5. Fastenzeit

Muslime und Christen kennen Fastenzeiten. Die Muslime fasten im Monat Ramadan (24.09.-24.10.2006) Und Christen von Aschermittwoch bis Ostern. Die Ziele und Motive für das Fasten sind vielfältig. So bekennt sich der Mensch dadurch vor Gott als Sünder und bekundet leibhaftig seine Bereitschaft zur Umkehr, zum Neuanfang. Zusammen mit Beten und Almosengeben ist Fasten ein Zeichen für ein frommes Leben und der Solidarität mit den Armen. Fasten ist gleichzeitig ein Kampf gegen hartnäckige Gewohnheiten und somit ein Heilmittel für Leib und Seele.

Die Fastenzeit im Christentum

Beginn: am Aschermittwoch
Ende: am Karsamstag
Dauer: 46 Tage abzüglich der 6 Sonntage (Feiertage sind keine Fastentage) also: 40 Tage

Aschermittwoch: Am Tag nach Fastnacht, am „Ascher“-Mittwoch, nimmt der röm.-kath. Priester nach der Morgenmesse Asche und zeichnet den Gläubigen ein Aschekreuz auf den Kopf. Er spricht: „Mensch gedenke, dass du Staub bist und wieder zu Staub wirst.“ Asche ist ein Symbol der Reinigung und Buße. Der Aschermittwoch ist (wie der Karfreitag) ein strenger Fasttag (einmalige Sättigung) und Abstinenztag (Verzicht auf Fleischspeisen).

Fastenpraxis: Früher, aber teilweise auch heute noch praktiziert, waren alle Produkte von warmblütigen Tieren (z.B. Rind, Schwein, Lamm, Wild, Geflügel) untersagt (Abstinenz), d.h. alle Fleisch- und Wurstwaren, alle Milchprodukte sowie Eier. Dazu kamen alle Genussmittel wie z.B. Wein. Auch enthielt man sich aller Festlichkeiten, z.B. Hochzeiten.

Erlaubt waren Obst, Gemüse, Kartoffeln, Getreideprodukte, Fisch aber auch Bier.

In der Fasten- oder österlichen Bußzeit nehmen praktizierende Katholiken weniger Nahrung zu sich, d.h. neben der einmaligen Sättigung ist am Fasttag zu den beiden anderen Tischzeiten eine kleine Stärkung erlaubt.

Die Verpflichtung zum Fasten betrifft Erwachsene vom vollendeten 18. Lebensjahr bis zum Beginn des 60. Lebensjahres. Entschuldigt ist, wer durch Krankheit, auf Reisen, am fremden Tisch oder durch schwere körperliche Arbeit am Fasten oder an der Abstinenz gehindert ist.

„Sieben Wochen ohne“: Mehr als zwei Millionen Menschen beteiligen sich in jedem Jahr an der vorösterlichen Fasten- und Passionsaktion der Evangelischen Kirche. 1983 entschlossen sich mehrere Hamburger Pfarrer und Journalisten, freiwillig in diesen Wochen auf hartnäckige Gewohnheiten wie z.B. Rauchen, Alkohol oder Süßigkeiten zu verzichten. Sie wollten herausfinden, ob sie diese Gewohnheiten frei bestimmen können oder davon beherrscht werden (vgl. Matthäus 6, 21+24: Euer Herz wird immer dort sein, wo ihr eure Schätze habt. Niemand kann zwei Herren dienen. Ihr könnt nicht beiden zugleich dienen: Gott und dem Geld). Damit wurde eine alte christliche Fastentradition wiederbelebt, die schon aus der Mode gekommen war.

B Veranstaltungen und Mitteilungen des CIVH

1. Der neue CIVH-Vorstand

Auf der Mitgliederversammlung im November 2005 wurde satzungsgemäß ein neuer Vorstand gewählt. Ihm gehören folgende Personen an:

Vorsitzender	Werner Ross	christlich – evangelisch
1. Stellvertreterin	Ingeborg Omer	islamisch – deutscher Herkunft
2. Stellvertreter	Herwig Popken	kommunal-staatlich
Schriftführer	Dagmar Henninger	christlich – röm.-katholisch
Kassenwart	Dr. Zaki Allahwala	islamisch – pakistanischer Herkunft
Beisitzer	Hannelore Nuß	kommunal-staatlich
Beisitzer	Adem Dursun	islamisch – Türk.-Islam. Union

2. Veranstaltungen des CIVH zu tagespolitischen Fragen

In Zusammenarbeit mit dem West-Östlichen Diwan in Schopfheim lud der CIVH zu zwei Veranstaltungen mit aktuellen Themen ein:

Samstag, den 4. Februar 2006 um 20.00 Uhr
Thema: Vom Vorurteil zum Gesprächsleitfaden – das neue Einbürgerungsverfahren in BW

Samstag, den 11. Februar 2006 um 20.00 Uhr
Thema: Darf man den Prophet karikieren - Tabus in Religionen?

Die Leitung hatten an beiden Abenden Frau Omer und Herr Ross. Die Veranstaltungen waren gut besucht und fanden ein gutes Echo in der Presse. Es wurde offen und kontrovers diskutiert.

3. Bibel-Koran Gespräche

Wir führen auch dieses Jahr die Bibel-Koran Gespräche fort. Zu diesen offenen Gesprächen laden wir evang. und kath. Christen, Muslime und andere Interessierte recht herzlich ein.

Ort: Gemeindezentrum der Evang. Johannesgemeinde Rheinfeld
Friedrich-Kraft-Str. 8 in Rheinfeld-Karsau

Thema: Die drei großen Könige in Bibel und Koran

Donnerstag, den 23. Februar 2006 um 20.00 Uhr - König Saul
Donnerstag, den 23. März 2006 um 20.00 Uhr - König David
Donnerstag, den 27. April 2006 um 20.00 Uhr - König Salomo

4. Theologischer Abend im West-Östlichen Diwan

Thema: Kennen Sie Adam – den Erden-Bürger?

Ein Informations- und Gesprächsabend über Adam in Bibel und Koran.

Ort: West-Östlicher Diwan, Chupferschmiedgäßli 5, 79650 Schopfheim

C Thema: „Zwangs-Heirat“

1. Anmerkungen zu einem Zeitungsartikel

„Wer Nein sagt, wird getötet“

Die Berliner Anwältin und Frauenrechtlerin Seyran Ates kämpft seit Jahren gegen die patriarchalische Tradition der Zwangsheirat.

Seit der Ermordung von Hatun Sürücü wird in Deutschland über Zwangsheirat und Ehrenmorde diskutiert. Die junge Berlinerin aus einer kurdischen Familie musste sterben, weil sie nach eigenen Vorstellungen leben wollte. Sie hatte sich zuvor aus einer erzwungenen Ehe befreit. Berliner Anwältin Seyran Ates kämpft seit mehr als 20 Jahren gegen die Zwangsehe und fordert einen eigenen Straftatbestand. Petra Kistler fragte die Frauenrechtlerin nach ihren Erfahrungen.

ROSS: *Da muss ich eigentlich nicht mehr weiter lesen. Erneut wird mir bestätigt, dass es bei Türken und damit bei Muslimen Zwangsheirat gibt und dass, wer sich weigert, getötet wird.*

BZ: Frau Ates, Sie sind als Tochter türkischer Einwanderer in Berlin-Wedding aufgewachsen. War Zwangsheirat ein Schicksal, das auch Ihnen drohte?

Ates: Mir nicht. Aber mein älterer Bruder ist von meiner Mutter und ihrer Familie gegen seinen Willen in der Türkei verheiratet worden. Er versuchte sich das Leben zu nehmen, ließ sich scheiden und heiratete seine Frau nach fünf Jahren wieder.

Ich habe doch weiter gelesen und nun stutze ich. Die Mutter und nicht der Vater hat den Sohn und nicht die Tochter zwangsverheiratet? Entscheidet etwa die Frau und nicht der Mann?

BZ: Eine Geschichte mit Happy-End.

Ates: Und trotzdem eine Zwangsheirat. Damit bin ich groß geworden: In einer Familie von uns sind von sechs Cousinen vier gegen ihren Willen mit Cousins verheiratet worden. Ich habe auch schnell mitbekommen, dass sie sehr gelitten haben.

Ich lerne weiter: Zwangsheirat (ist das dasselbe wie die „arrangierten“ Heirat?) ist in ihrer Großfamilie weit verbreitet, aber nicht zwingend.

BZ: Was hat sich jetzt, eine Generation später, für türkische Mädchen in Berlin-Wedding geändert?

Ates: Nicht besonders viel! Natürlich leben sehr viele junge türkische Frauen in Deutschland modern. Aber die Zwangsehe gibt es, seit es heiratsfähige Kinder von Migranten gibt. Das hat hauptsächlich damit zu tun, dass wir eine ganz bestimmte Schicht von Menschen aus der Türkei als Migranten haben: Je höher die Bildung, desto geringer ist die Zahl der Zwangsheiraten. Zwangsehen sind aber keine türkisch-kurdische Eigenheit, es gibt sie beispielsweise, nur um einige zu nennen, auch unter Serben, Kroaten, ultraorthodoxen Juden, in Ägypten oder in Marokko.

Etwas, d.h. ein wenig, hat sich geändert. Gibt es etwa Zeichen der Hoffnung? Doch was soll das heißen „eine ganz bestimmte Schicht von Menschen aus der Türkei“? Gilt Zwangsheirat nicht für alle Türken, d.h. für fast alle? In anderen Ländern gibt es das auch? Es wird immer komplizierter. Und dann noch „Kroaten“ und „Juden“? Das sind doch gar keine Muslime?

BZ: Wie viel Frauen werden in Deutschland gegen ihren Willen verheiratet?

Ates: Belastbare Zahlen gibt es nicht. Nach den Erfahrungen mit meinen Mandantinnen denke ich, es sind 30 bis 40 Prozent.

„Ich denke“, d.h. „ich schätze“ oder „ich vermute“, sagt Frau Ates, die sich auf solche Fälle als Rechtsanwältin spezialisiert hat, 30 bis 40%. Das sind viel zu viele, aber viel weniger als man uns allgemein erzählt und sie auch selbst bezüglich ihrer sechs Cousinen.

BZ: Welche Rolle spielt die Religion dabei?

Ates: Wir können nicht klar sagen, der Islam hat nichts damit zu tun. Wir können aber genauso wenig sagen, der Islam begründet die Zwangsheirat. Ich kenne keine Weltreligion, die Zwangsehen erlaubt. Doch *den* Islam gibt es nicht, es gibt viele Gruppen, die ihn unterschiedlich auslegen. Im Koran gibt es keinen einzigen Hinweis, dass eine Zwangsverheiratung erlaubt ist. „Die Älteren bestimmen was gut ist für die Jüngeren“, heißt es an einer Stelle. Daraus folgern einige, dass dies für alle Entscheidungen gilt. Zwangsehen sind Tradition in einer patriarchalisch strukturierten Gesellschaft.

Wieso „wir können nicht klar sagen“? Sie sagt klar „ich kenne keine Weltreligion, die Zwangsehen erlaubt“ und der Islam ist eine Weltreligion. Weiter „im Koran gibt es keinen einzigen Hinweis“. Es gibt also vielmehr Traditionen bzw. einen familiären und kulturellen Hintergrund für diese Zwangsehen, der gegebenenfalls zusätzlich religiös überhöht wird, wenn man sich nicht richtig auskennt.

BZ: Mit welchem Sinn?

Ates: Die Sexualität der Frau muss kontrolliert werden, damit klar ist, wer von wem welches Kind bekommen hat und wer den eigenen Stamm fortsetzt. Deshalb muss verhindert werden, dass voreheliche Sexualität stattfindet. Um auszuschließen, dass die Keuschheit verloren geht, wird die Tochter so schnell wie möglich verheiratet. Im Islam ist das Individuum nahezu nichts, die Gruppe, die Familie, der Clan ist alles. Deshalb ist es für die Frauen so schwierig, sich von ihrer Familie zu trennen.

Wieso heißt es jetzt auf einmal wieder „im Islam“?

BZ: Die Zwangsehe hat zwei Opfer: die Frauen und die Männer, die gegen ihren Willen verheiratet werden. Es wird aber nur über die Frauen diskutiert.

Ates: Weil sie mehrheitlich die Opfer sind. Männer können sich in diesem patriarchalischen System eher zur Wehr setzen. Zwangsheirat ist weder ein Frauen- noch ein Männerthema, es ist ein gesellschaftliches Thema. Zudem geht mit Zwangsverheiratung häusliche Gewalt fast Hand in Hand. Es kann gar kein harmonisches Miteinander stattfinden, weil mindestens einer der Partner diese Ehe nicht wollte. Das setzt sich fort: Schon Kinder sehen, wie die Mutter verprügelt wird. Das prägt.

Nun ist wieder von „patriarchalischem System“ die Rede. Das kennen wir auch bei uns und keiner redet da von Christentum bei häuslicher Gewalt.

BZ: Mütter, die ihre Kinder wieder gegen ihren Willen verheiraten.

Ates: Sie kennen nichts anderes. Diese Frauen sind keine Monster, aber das, was sie machen, ist monströs.

BZ: Gibt es darüber eine Diskussion in der türkischen Gemeinschaft? Sprechen Frauen über Sexualität.

Ates: Viel, viel freizügiger als viele Deutsche denken. Wenn türkische Frauen sich über Sexualität unterhalten, würden Sie wahrscheinlich rot werden vor Verlegenheit. Über Sexualität wird sehr offen, sehr direkt und oft sehr vulgär gesprochen. Wenn man etwas besonders unterdrückt, gedeiht es.

BZ: Dann sind die Mädchen aufgeklärt?

Ates: Nur im Sinne des Systems. Es geht um die Bewahrung ihrer Keuschheit und was sie tun sollen, wenn doch etwas "schief gegangen" ist. Sie wissen, wie sie sich als Jungfrauen präsentieren können. Mehr nicht. Deshalb finde ich es so grausam, dass diese junge Mädchen vom Sexualunterricht befreit werden.

BZ: Was passiert mit den Frauen, die Nein zur Zwangsheirat sagen?

Ates: Wer nicht zustimmt, wird schlimmstenfalls umgebracht oder zum Selbstmord gedrängt.

*„Schlimmstenfalls“ sagt Frau Ates, in der Überschrift des Artikels sagt sie angeblich:
"Wer Nein sagt, wird getötet".*

BZ: Sie sind eine gefragte Gesprächspartnerin bei deutschen Journalisten. Was gilt Ihr Wort in der türkischen Community?

Ates: Sicher halten mich einige, wie die Journalisten des türkischen Massenblatts *Hürriyet*, für eine Nestbeschmutzerin. Andere fragen, warum ich bei den Deutschen so gefragt bin, warum sich die deutsche Öffentlichkeit auf negative Themen stürzt, sie werfen mir vor, ich würde Fremdenfeindlichkeit fördern. Aber der Zuspruch steigt. Junge türkische Männer sprechen mich auf der Straße an und sagen: Ich finde prima, was Sie da machen.

Frau Ates – eine türkische „Nestbeschmutzerin“? In dem Interview liefert Sie dafür keinen Hinweis, auch wenn sie sich an zwei Stellen unklar ausdrückt. Nest“beschmutzer“ sind Journalisten, die sich falsche und nichtgesagte Überschriften ausdenken und so Kuckucks-Eier ins türkische Nest legen und Nest“beschmutzer“ sind wir Leser, die wir schon alles im Voraus wissen und nur noch unsere Vorurteile bestätigen wollen.

BZ: Wie integriert ist die dritte Generation?

Ates: Integration fand überhaupt nicht statt. Jahrelang wurde geleugnet, dass Deutschland ein Einwandererland ist und dann wurde dieses Multi-Kulti-Nebeneinander propagiert.

Nun wird Frau Ates doch noch zur „Nestbeschmutzerin“. Allerdings „beschmutzt“ die deutsche Staatsbürgerin das „deutsche Nest“.

BZ: Wo muss Integration ansetzen?

Ates: Im Kindergarten. Es kann nicht sein, dass Kinder in die Schule kommen und kein Deutsch können. Türkische Eltern wollen Bildung für ihre Kinder, aber sie fürchten, dass ihr Kind zu sehr deutsch wird.

BZ: Was verstehen diese Eltern unter “ zu deutsch” ?

Ates: Unmoralisch. Viele Gastarbeiter sind in den Jahren der sexuellen Revolution nach Deutschland gekommen. Sie denken, die Deutschen praktizieren ständig Partnertausch und Gruppensex. Deshalb wollen sie ihre Kinder vor den bösen Ureinwohnern beschützen.

Ich habe mich für diese Anmerkungen zu dem BZ-Artikel entschlossen, weil sich an ihm gut nachzuweisen lässt, welche Vorurteile bei uns vorhanden sind, wie wir mit unserer „Vorurteilsbrille“ selektiv Artikel lesen, wie wir durch die Medien teilweise manipuliert und verführt werden und wie fragwürdig der Begriff „Nestbeschmutzer“ ist.

Quelle: Badische Zeitung - 19. Dezember 2005 - Montagsseite

2. Emotionen oder wissenschaftliche Erkenntnisse?

Tremolo der Betroffenheit

In der Debatte um Zwangsehen und Ehrenmorde werden die Erkenntnisse der seriösen Migrationsforschung konsequent ignoriert. Stattdessen herrscht ein alarmistischer Ton

Ob Zwangsehen, Ehrenmorde oder Parallelgesellschaften - im öffentlichen Diskurs über Migranten herrscht derzeit ein regelrechter Run auf griffige Schlagworte, bei denen einem sofort Bilder durch den Kopf schießen von exotischen Lebenswelten, die mit der Moderne nicht zu vereinbaren sind. Mit solchen Bildern werden die negativen Begleiterscheinungen der Zuwanderung beschrieben. Glaubt man den meisten aktuellen Zeitungsberichten zum Thema, dann bestimmen diese Aspekte den Alltag einer großen Zahl, wenn nicht sogar des Gros der muslimischen Migrantinnen in Deutschland. Mehr noch: Sie gelten als die zentralen Gründe für das Scheitern dieser Zuwanderergruppe bei ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft.

Kein Wunder, dass inzwischen auch der Ruf nach neuen Gesetzen laut geworden ist gegen Missstände, die ihre Ursache in archaischen kulturellen Vorstellungen zu haben scheinen. Diesen soll mit allen rechtlichen Mitteln ein Riegel vorgeschoben werden: Gegenwärtig im Gespräch sind eine Gesinnungsprüfung für Muslime, die eine Einbürgerung anstreben, sowie die Heraufsetzung des Heiratsalters für nachziehende Ehepartner von Migranten, die bereits seit Jahren in Deutschland leben. Wenn es um den Schutz der Gesellschaft vor undemokratischen Neubürgern und muslimischer Frauen vor patriarchalen Strukturen geht, so scheint es, dürfen grundlegende Verfassungsgrundsätze einfach über Bord geworfen werden. Der Rechtsstaat verlangt zwar, niemanden aufgrund seiner Religion zu diskriminieren. Der Muslim-Test, wie ihn Baden-Württemberg vorschlägt, fußt jedoch auf einem Generalverdacht gegenüber Menschen, die nichts anderes eint als ihre Zugehörigkeit zu einer Religion. Was aber ist die empirische Grundlage, von deren Basis die Politik ihren neuen Aktionismus ableitet? Es handelt sich um vorgeblich wissenschaftliche Studien, die in einer Kombination aus soziologisch verbrämter Sprache und emotionaler Selbstinszenierungen die neuen Wahrheiten "aus dem Inneren der Migrantengesellschaft" quasi authentisch und damit offensichtlich für viele Menschen glaubwürdig zu berichten wissen. Vorgeblich sucht man in solchen Veröffentlichungen nach einem Hinweis darauf, dass die mit Blick auf Anatolien als "islamische Traditionen" ausgemachten Praktiken wie Zwangsverheiratung und Ehrenmorde durchaus nicht auf Muslime beschränkt sind, sondern ländliche Traditionen aus vorislamischer Zeit darstellen, die auch bei assyrischen Christen und jessidischen Kurden anzutreffen sind; von den Betroffenen werden sie durch die Interpretation ihrer je eigenen religiösen Tradition legitimiert.

Anstelle solcher Differenzierungen geistert die durch nichts belegte Behauptung durch die Presselandschaft, der zufolge gut die Hälfte aller türkisch-muslimischen Frauen in Deutschland

zwangsverheiratet worden sein soll. Im gleichen Atemzug muss "der Islam" oft dafür herhalten, das schlechte Abschneiden eines nicht unerheblichen Teils der Kinder mit türkischem Migrationshintergrund zu erklären. Es seien "die Muslime" und ihr fehlender Wille, sich in die hiesige Gesellschaft zu integrieren, der ihre Kinder in der Schule scheitern lässt, lautet ein gängiges Argument. Die Tatsache, dass sich das deutsche Schulsystem mit italienischen Kindern und Kindern aus dem ehemaligen Jugoslawien teilweise sogar schwerer tut als mit solchen aus türkisch-muslimischen Familien, wird dabei geflissentlich übergangen: Es würde ja die griffige kulturalistische Deutung in Zweifel ziehen.

Es verwundert nicht, dass eine solche Literatur, die auf populistische Weise und in eingängiger Sprache verbreitete Klischees bedient, ein breites Publikum findet. Bestürzend und bezeichnend für die Qualität der öffentlichen Debatte über Migration und Integration in Deutschland ist allerdings der Umgang von Politik und Medien mit dieser Art von Literatur. Statt die Ergebnisse der umfangreichen wissenschaftlichen Migrationsforschung zu konsultieren, wie sie etwa im regelmäßig erscheinenden Bericht der Bundesintegrationsbeauftragten (August 2005) leicht verständlich nachzulesen sind, greift sie lieber auf romanhaft formulierte, biografische Erzählungen wie etwa diejenigen von Necla Kelek oder Seyran Ates zurück. Die Analysen solcher Autorinnen fußen allerdings mehr auf Alltagsdeutungen denn auf sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen.

Vielleicht wirken sie gerade deshalb so überzeugend. Beunruhigend ist jedoch die Tatsache, dass ein großer Teil der Medien die kritische Distanz zu den Werken der Autorinnen aufzugeben bereit ist und jede ihrer noch so unreflektiert und pauschal vorgebrachten Äußerungen unhinterfragt wie eine Tatsache behandelt. Dabei erfordert es wahrlich keine besondere Rechercheleistung, die Ergebnisse aktueller wissenschaftlicher Untersuchungen zur Integration von türkisch-muslimischen Migranten und Migrantinnen aufzuspüren.

Nicht nur im bereits erwähnten Bundesintegrationsbericht findet sich eine Vielzahl von Hinweisen darauf, dass sich das Leben muslimischer Frauen in Deutschland nicht allein durch Begriffe wie Zwangsheirat, Ehrenmord und Parallelgesellschaft beschreiben lässt. So konnte in einer Studie über Mädchen mit Migrationshintergrund (Boos-Nünning/Karakasoglu 2005) etwa festgestellt werden, dass sich die Mehrzahl der befragten türkischstämmigen Musliminnen auf positive Weise ihrer Religion verbunden fühlt, die ihnen vor allem Selbstvertrauen gibt und hilft, in schwierigen Situationen nicht zu verzweifeln. Zwei Drittel sehen sich gegenüber männlichen Familienmitgliedern nicht benachteiligt; ebenso viele fühlen sich als Frau in ihrer Religion akzeptiert.

Bei ansonsten sehr starken und als positiv empfundenen Bindungen an die Eltern wird eine von den Eltern arrangierte Ehe nur von einem Viertel dieser jungen Frauen befürwortet, und dies teilweise auch nur mit Einschränkungen. Die Ablehnung dieser traditionellen Form der Eheanbahnung durch die Mehrheit der jungen Frauen, die zwischen 15 und 21 Jahre alt sind, ist also mehr als deutlich. Konservativeren Migranten lässt sich dieser Konsens nicht durch diskriminierende Gesetzesvorschriften zum Ehegattennachzug, sondern besser im Rahmen einer breiten gesellschaftlichen Debatte vermitteln. Dazu müssen selbstverständlich auch die Selbstorganisationen der türkischen und muslimischen MigrantInnen einbezogen werden.

Zu emotional aufgeladenen Themen wie "Zwangsehen" und "Ehrenmorden" brauchen wir dagegen dringend sachliche Analysen, die auf soliden wissenschaftlichen Untersuchungen beruhen und Ausmaß und Ursachen dieser Phänomene beschreiben. Kulturalistische Schwarz-Weiß-Deutungen, die einen "Kampf der Kulturen" heraufbeschwören, widersprechen nicht nur unserem Wissen über die Wandelbarkeit von Kulturen in Zeit und Raum und sind schlichtweg falsch. Sie sind auch gesellschaftspolitisch fatal.

Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu, Universität Bremen

Quelle: die Tageszeitung - 19. Januar 2006 - Kommentar

3. Widerstand gegen Zwangsheirat wird zur Heuchelei

In großer Sorge um Hamida Sido

Kritik an der Abschiebung der Kurdin, die sich in Syrien vor der Rache ihres Bruders versteckt

FREIBURG/KIRCHZARTEN. Seit drei Wochen schläft Margit Raap schlecht: Sie sorgt sich um Hamida Sido. Die 35-jährige Kurdin wurde am 12. Januar in der Flüchtlingsunterkunft Kirchzarten von der Polizei abgeholt und nach Syrien abgeschoben. Am Telefon erzählt Hamida Sido, wie syrische Polizisten sie schlugen - und von der Angst vor ihrem Bruder, der droht, sie umzubringen. Margit Raap ist fassungslos:

“Alle reden von Ehrenmorden, aber wir tun nichts, um die Frauen zu schützen.”

Ihre Stimme klingt, als würde sie gleich in Tränen ausbrechen. “Ich habe Angst, natürlich”, sagt Hamida Sido in einem Telefongespräch mit dem Südwestrundfunk, das kürzlich gesendet wurde. “Mein Bruder will mich umbringen.” Sie schildert auch, wie syrische Polizisten immer wieder wissen wollten, was sie in Deutschland gemacht und ob sie Asyl beantragt habe. In vier oder fünf anderen Telefongesprächen hat sie Margit Raap erzählt, wie sie nach ihrer Ankunft in Damaskus ins Gefängnis kam und “grün und blau” geschlagen wurde. Mittlerweile konnte sie bei der Familie ihres Mannes unterschlüpfen - allerdings müsse sie aus Angst vor ihrem Bruder täglich den Ort wechseln, sagt Margit Raap, die Hamida Sido beim Verein “Südwind” in Freiburg jahrelang in Deutsch unterrichtet hat.

Dass Hamida Sidos Bruder sie ermorden will, weil sie sich einer Zwangsheirat widersetzte, bestätigen Briefe, die sie dem Gericht als Beweis für geschlechtsspezifische Verfolgung vorgelegt hat. Das wäre eigentlich ein Asylgrund - doch die Behörden glauben ihr nicht und halten die Briefe für “Gefälligkeitsdienste”. Darüber können Margit Raap und ihre Kolleginnen von “Südwind”, die seit Jahren mit Migrantinnen arbeiten, nur den Kopf schütteln: “Was für Beweise sollen Frauen in so einer Situation denn bringen? Müssen sie erst ermordet werden, damit man ihnen glaubt?” Schließlich werde ein “Ehrenmord” immer nur im Kreis der Familie angedroht, betont Claudia Schmidt - “wie können es sich Richter da nur so leicht machen?”

Schockiert sind die “Südwind” -Mitarbeiterinnen auch vom Vorgehen des Regierungspräsidiums Freiburg, das die Abschiebung vollzog. Ende Januar hätte Hamida Sido, die nach einem Unfall operiert wurde, nochmals im Josefskrankenhaus behandelt werden müssen: In ihrer Schulter steckt immer noch eine Metallplatte, nach den Schlägen im Gefängnis könne sie den Arm nun gar nicht mehr bewegen. Außerdem wurde Hamida Sido ohne ihren Mann, mit dem sie 2001 vor ihrem Bruder nach Deutschland geflohen war, abgeschoben - als die Polizei kam, war er nicht da. Zudem hatten weder Hamida Sido noch die “Südwind” -Mitarbeiterinnen eine Abschiebung für möglich gehalten: Sie wussten nicht, dass der Asylfolgeantrag von den Behörden abgelehnt worden war, weil noch eine Klage von Hamida Sidos früherem Anwalt lief, die den Antrag ungültig machte. Der Anwalt hatte seine Kanzlei wegen einer schweren Erkrankung aufgeben müssen, dadurch sind Informationslücken entstanden.

Und obwohl die Klage weiterläuft, bot sie keinen Schutz vor der Abschiebung, erläutert Tomas Dressler vom Regierungspräsidium, der über die Abschiebung sagt: “Das war der normale Lauf der Dinge.” Die medizinische Behandlung könne in Syrien zu Ende geführt werden, vor Gericht könne Hamida Sido ihr Anwalt vertreten. Mittlerweile steht sogar der Gerichtstermin: Margit Raap traute ihren Augen kaum, als vor ein paar Tagen die Einladung kam - gerichtet an Hamida Sido. “Das ist doch alles eine Farce,” sagt sie kopfschüttelnd.

Anja Bochtler

Quelle: Badische Zeitung - 4. Februar 2006

D Zum Schmunzeln und Nachdenken

1. Auf sein Weib

Des Muntasa Töchterlein hab ich gefreit,
Gezwungen und ungerne, das schadete mir.
Sie hat nicht dem Mangel gesteuert in Haus,
Und hat mir die Unruh gebracht ins Quartier.
Sie grinset den Zahn wie ein bissiger Hund,
Sie regt unter Nachbarn den Zwiespalt mit Lust,
Verunreinigt, was sie vermag, mit Begier,
Durch Reden „Ich sah“, was sie nicht hat gesehn,
Durch Sagen „Ich weiß“, nicht bewusst ist es ihr.
Und trinkt sie den Schlauch aus, so löscht sie den Durst nicht,
Und isst sie das Schaf auf, nicht satt wird sie dir.
Und was ihr verborgen ist, lasset sie nicht,

Und stünden gezückete Lanzen dafür.
Und stiege sie auf das Gebirge, so flöhn
Die Gemen, gescheucht aus dem stillen Revier.
O schlimm, wenn sie sitzt mit dem Manne zu zwein,
Und schlimm, wenn sie voll macht mit Weibern das Vier.

Gedicht von Abdallah ibn Aufa (frühislamische Zeit) übersetzt von Friedrich Rückert

2. Vier Frauen sind zu viel

DSCHIDDA (dpa). Ein Mann ist in Saudi-Arabien mit einem Nervenzusammenbruch in eine Klinik gebracht worden, nachdem er innerhalb eines halben Jahres vier Frauen geheiratet hatte. Er wurde Opfer eines Machtkampfes seiner geschiedenen Eltern die ihn zwangen, jeweils zwei Frauen aus dem eigenen Familienclan zu heiraten. Das islamische Recht gestattet Männern in Saudi-Arabien die Heirat von bis zu vier Frauen. Derzeit verweigert der Saudi jeden Kontakt mit den Eltern oder einer der Ehefrauen.

Quelle: Badische Zeitung - 2. Februar 2006

E Arbeitshilfen und Schriften

1. Woran ich glaube

Millionen von Muslimen und Christen sind Nachbarn. Dennoch wissen sie oft wenig voneinander. Dieses Buch zeigt, wie es trotz großer Unterschiede gelingen kann, den eigenen Glauben zu bezeugen und respektvoll aufeinander zu hören. Die Verfasser. Ein christlicher und ein muslimischer Theologe, sind enge Freunde.

Badru D. Kateregga / David W.; Woran ich glaube – Ein Muslim und ein Christ im Gespräch
Neufeld Verlag Schwarzenfeld 2005, 14,90 €

2. ... und schlägt sie.

Sie, d.h. die Frauen und die zum Schlagen aufgeforderten sind die Männer. Wer fast nichts vom Islam weiß, diese Koranstelle kennt fast jeder und wendet sie deshalb auch gerne an, um sich als kundig zu zeigen. Er (selten Sie) kann sich auf Koranübersetzungen und Korankommentatoren stützen und auch muslimische Männer widersprechen selten, was nichts über ihre Korankenntnisse aussagt. Aber steht es wirklich so im Koran, d.h. im arabischen Text und entspricht es dem Wesen der sonstigen koranischen Aussagen? Wer sich darüber informieren will, sollte folgende Schrift (98 Seiten) lesen:

Zentrum für Islamische Frauenforschung und Frauenförderung (ZIF), Ein einziges Wort und seine große Wirkung. Eine hermeneutische Betrachtungsweise zu Qur´an Sura 4, Vers 34, mit Blick auf das Geschlechterverhältnis im Islam; Köln 2005

Zu beziehen über: ZIF, Postfach 520362, 50952 Köln (www.zif-koeln.de) für 8,95 €

3. Feindbild Islam

Die Schrift ist nicht neu, aber weiterhin aktuell.

Lutz Hoffmann; Feindbild Islam – Warum man hierzulande den Islam erfinden würde, wenn es ihn nicht schon gäbe. Herausgegeben von der Ausländerbeauftragten des Landes Bremen, 2000

Alle diese Schriften sind neben vielen anderen beim CIVH ausleihbar.